

# Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg



## In dieser Ausgabe:

Rohstoffspekulationen beenden  
Atomares Energiepaket  
Sommer der Ratlosigkeit  
Bildung und Teilhabe  
Griechenlandkrise überwinden

# Diäten

<b>Diätenerhöhung unverschämt und unangemessen...</b> von Dr. Dagmar Enkelmann	<b>Seite 03</b>
<b>Hunger bekämpfen - Spekulation mit Nahrungsmitteln beenden.....</b> von Kirsten Tackmann	<b>Seite 04</b>
<b>Das „Energiepaket“ im Bundestag Im Schweinsgalopp durchs Parlament.....</b> von Sabine Stüber	<b>Seite 06</b>
<b>Der Sommer der rastlosen Ratlosigkeit.....</b> von Thomas Nord	<b>Seite 08</b>
<b>Vermurkstes Gesetz wird durch Runden Tisch nicht besser.....</b> von Diana Golze	<b>Seite 1ß</b>
<b>Nicht lernfähig.....</b> von Wolfgang Nešković	<b>Seite 12</b>
<b>Pressemitteilungen.....</b>	<b>Seite 13</b>
<b>Anträge, Anfragen &amp; Initiativen .....</b>	<b>Seite 20</b>
<b>Kontakt .....</b>	<b>Seite 27</b>
<b>Impressum .....</b>	<b>Seite 28</b>

# Diätenerhöhung unverschämt und unangemessen

von Dr. Dagmar Enkelmann

Im Hinterzimmer haben Union, SPD, FDP und Grüne eine Diätenerhöhung vorbereitet und ziehen diese im Schnellverfahren durch. Über die Zahlen wird gern der Mantel des Schweigens gedeckt. Ab 2012 soll jeder Abgeordnete monatlich 292 Euro mehr erhalten, ab 2013 noch einmal 292 Euro, zusammen also fast 600 Euro mehr. DIE LINKE ist gegen diese Erhöhung, hält sie für unverhältnismäßig, unverschämt und unangemessen angesichts magerer Zuwachsraten des Einkommens von Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern und Langzeitarbeitslosen.

Seit Juni bekommen Rentnerinnen und Rentner 0,99 Prozent mehr. Das sind im Schnitt 10 Euro. Die Rentenerhöhung gleicht nicht einmal die Inflationsrate von über 2 Prozent aus. Die Koalition macht ein Riesentheater um Steuerentlastungen, aber es wird nur ein Mäuschen herauskommen. Im Bundestag und im Vermittlungsausschuss ist monatelang über 5 Euro mehr für Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger diskutiert worden. Das war unwürdig. Schon jetzt lässt sich die Koalition dafür feiern, dass Langzeitarbeitslose ab 2012 möglicherweise 10 Euro mehr erhalten.

Um den Bürgerinnen und Bürger die Diätenerhöhung schmackhaft zu machen, wurde angekündigt, eine Kommission zur Neuregelung der Altersversorgung einzurichten. Das ist längst überfällig und hätte schon längst passieren können. Für uns ist nicht hinnehmbar, dass Abgeordnete des Bundestages - im Übrigen auch des Europaparlaments und eines Teils der Landtage - nichts für ihre Altersversorgung einzahlen.

DIE LINKE bringt jetzt erneut einen Antrag zum Abgeordnetengesetz ein. Zum einen geht es um die Neuregelung der Altersversorgung. Abgeordnete sollen künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Zum anderen haben wir das gesamte Abgeordnetenrecht im Blick. Für uns gehört die Kostenpauschale auf den Prüfstand. Zu fragen ist auch, ob Abgeordnete für weitere Sozialsysteme zahlen sollen wie z.B. die Arbeitslosenversicherung. Es gibt Kollegen, die aus dem Bundestag ausgeschieden sind und keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder Vermittlung durch die Arbeitsagentur haben. Nicht zuletzt fordert DIE LINKE mehr Transparenz bei Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften.



Foto: Konstantin Brückner

# Hunger bekämpfen

## Spekulation mit Nahrungsmitteln beenden



von  
Kirsten Tackmann



Die Preise für Grundnahrungsmittel sind in den vergangenen Jahren schneller als viele Einkommen gestiegen. Das ist für Erwerbslose, Niedriglohnempfängerinnen und -empfänger und Armutsrentnerinnen und -renter ein Alltagsproblem, obwohl hierzulande im Durchschnitt nur elf Prozent der monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel aufgewendet werden. Wenn Menschen aber ohnehin fast ihr komplettes Einkommen dafür aufbringen müssen, wie in den armen Regionen dieser Welt, werden steigende Grundnahrungsmittelpreise eine existenzielle Bedrohung und lösen Hungerrevolten aus. Beispielsweise 2008 in Haiti. Auch die aktuellen Aufstände in Nordafrika werden mit stark gestiegenen Lebensmittel- und Wasserpreisen in Verbindung gebracht. Die Sicherung des Rechts auf Nahrung und die Ernährungssouveränität sind aktuell keine Fragen zu geringer Produktion, sondern ungerechter Verteilung bzw. fehlenden Zugangs zu Nahrung, Land, Saatgut, Wasser etc.

Lebensmittel: Was für die einen „Mittel zum Leben“ ist, ist für andere nur ein Spekulationsobjekt geworden. Auf Hunger wird global gewettet. Sicher haben die Preissteigerungen und -schwankungen bei Nahrungsmitteln komplexe Ursachen. Aber eine immer wichtigere ist, dass mit noch nicht einmal gesäten Weizenernten kommender Jahre gezockt wird. Extreme und unberechenbare Preisausschläge sind die Folge. Wenn Agrarrohstoffe zu spekulativen Vermögensanlagen werden, wächst die Gefahr von Spekulationsblasen. Deshalb muss der Kampf gegen den Hunger auch gegen den Hunger der Agrarspekulanten geführt werden. Weil das Thema der Linksfraktion so wichtig ist, liegt dem Bundestag bereits seit Januar 2011 ein umfassender Forderungskatalog vor (Drucksache 17/4533). Wir verlangen eine strenge Regulierung der Agrarrohstoffmärkte und eine wirksame Kontrolle, die auch transparent ist.

Den dringenden Handlungsbedarf sahen auch fast alle Experten in der sehr interessanten Anhörung des Agrarausschuss des Bundestages „Spekulationen mit agrarischen Rohstoffen verhindern“ am vergangenen Montag. Der von uns benannte Experte der Welthungerhilfe, Dr. Rafael Schneider, bezeichnete die steigende Nachfrage nach Agrarrohstoffen als „Megatrend des 21. Jahrhunderts“, was den Markt für Anleger besonders interessant mache. Aus realen oder fiktiven Erntemeldungen öffnen sich Spielräume für Spekulationen.

Vor einigen Wochen wurde noch bestritten, dass es diese Effekte gäbe. Aber unterdessen haben die G-20-AgrarministerInnen einen Aktionsplan beschlossen. Sie wollen eine Datenbank für Erntemengen, Bedarfe und staatliche Lagerbestände. Diese Transparenz soll die Attraktivität für Börsianer verringern. Ob die Finanzminister dem zustimmen, ist offen. Aber ohne die privaten Lagerbestände wäre die Datenbank sowieso ein stumpfes Schwert. Ohne strenge Marktregeln gegen Spekulationen nutzt auch die größtmögliche Transparenz nicht viel.

Die Informationen der Anhörung finden Sie [HIER](#)

Den Antrag der Linksfraktion finden Sie [HIER](#).

# Das „Energiepaket“

## Im Schweinsgalopp durchs Parlament

Foto: Martin Schermm\_pixelio.de

# im Bundestag

von Sabine Stüber

Die Schwarz-Gelbe Energiewende ist kein großer Wurf, eher eine Rolle rückwärts der Regierung Merkel. In dieser Woche standen 8 einzelne Gesetzentwürfe auf etwa 800 Seiten Text und 80 Änderungsanträgen zur Abstimmung.

Warum eigentlich diese Eile? Es gibt keine nachvollziehbar vernünftige Erklärung. Lediglich die Änderung des Atomgesetzes ist vor der parlamentarischen Sommerpause notwendig, weil das Moratorium Ende Juni auslief, das nach Fukushima für drei Monate mit einer Stilllegung und mit der Sicherheitsüberprüfung aller 17 deutschen Atomkraftwerke als vorsorgliche Gefahrenabwehr angeordnet wurde.

Alle anderen, daraus zwingend folgenden gesetzlichen Änderungen, hätten sorgfältig erarbeitet und parlamentarisch beraten werden können, was aufgrund des Abstimmungs-Rennens der Bundesregierung nicht möglich war. Diese Meinung teilen viele Abgeordnete aus allen Fraktionen, ebenso Experten sowie Umwelt- und Berufsverbände, wie beispielsweise der Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie (ZVEI).

Wir wollen als Bundestagsabgeordnete, die uns von den Wählerinnen und Wählern übertragene direkte Verantwortung wahrnehmen. Aber das ist mit einem solchen, die Hoheit des Parlaments missachtenden Vorgehen nicht möglich. Im Ergebnis haben wir jetzt überhastete und unausgewogene Regelungen in fast allen 8 Gesetzen des „Energiepakets“. Da konnten wir als Bundestagsfraktion DIE LINKE nicht zustimmen und das muss erklärt werden.

Wir sagen, dass der Atomausstieg nicht weiter Spielball möglicher wechselnder parlamen-

tarischer Mehrheiten sein darf. Deshalb haben wir gefordert, im Grundgesetz die Nutzung der Atomenergie (auch zu militärischen Zwecken) zu verbieten, denn nur so kann Unumkehrbarkeit erreicht werden. Der Antrag wurde abgelehnt. Und wir wollen den Ausstieg aus der Atomenergie schon ab 2014, so wie es laut Expertenmeinungen möglich ist, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Aber die Koalition setzt den Zeitpunkt auf das Jahr 2022. Bis dahin haben sich die Atomkraftwerke für die Energiekonzerne amortisiert und die geplante Gewinne sind gemacht.

Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Punkt, weshalb wir als LINKE das Schwarz-Gelbe Atomausstiegsgesetz nicht mitverantworten können und ablehnen: Es ist nicht klar und nirgendwo begründet, warum gleichalte, vom Bautyp sehr ähnlichen Atomkraftwerke unterschiedliche Laufzeiten zugewiesen bekommen. Es ist nicht erkennbar, auf welcher Grundlage die Restlaufzeiten für die einzelnen Atomkraftwerke festgelegt werden.

Im Gesetz fehlt dazu die Begründung. Weil damit die Gleichbehandlung fraglich ist, sehen Juristen für Entschädigungsklagen von Energiekonzernen vor Gericht durchaus Erfolgchancen. Warum ist keine saubere Begründung nachgearbeitet worden, wie in den Ausschüssen angemahnt? Ein Schelm, wer böses dabei denkt. Politik ist schließlich nicht käuflich – oder?

„Große Stromkonzerne wollten die geplante Atomgesetznovelle kippen und möglicherweise Milliarden Euro an Schadensersatzforderungen stellen“, so ein Zitat aus dem aktuellen Magazin DER SPIEGEL. Sollten die Konzerne Entschädigungszahlungen bekommen, ob Millionen oder Milliarden, es werden Steuergelder sein. Das ist nicht zu verantworten.

Foto: Rainer Sturm\_pixelio.de

# Der Sommer der rastlosen Ratlosigkeit

von Thomas Nord

**D**ie kommenden Wochen werden nicht das übliche Sommerloch bieten, in der Krokodile im Badeseesee oder der Wal in der Elbe wochenlang die erste Seite der Gazetten schmücken. Athen bleibt in Folge der aufgezwungenen und unsozialen Sparpolitik Schauplatz gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen in Europa und wird die Titelseiten füllen.

Nicht so scharfe, aber ähnliche Szenen werden sich in Spanien und Italien abspielen, wo auch Sparprogramme verabschiedet wurden, um den Gang unter den Rettungsschirm zu entgehen. Italiens Kabinett billigte am Donnerstag nach vierstündiger Debatte ein Sparpaket in Höhe von rund 47 Millionen Euro, mit dem bis 2014 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden soll. Geplant sind unter anderem weitere Einsparungen im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen und bei der Rentenversicherung. Inmitten einer Regierungskrise nach verlorenen Kommunalwahlen und Niederlagen bei mehreren Referenden, unter anderem über die Nutzung der Atomkraft, beschloss das Kabinett weitere Kürzungen.

In Spanien hat der Ministerpräsident wegen des hohen Staatsdefizits weitere Sparpakete angekündigt. Er will in Kürze einen Vorschlag unterbreiten, in dem die Ausgaben der Regionalregierungen eingefroren werden sollen. Geplant ist eine Sonderregelung, mit der Hauseigentümer von Zwangs-räumungen verschont bleiben, auch der Bankensektor soll unter den Maßnahmen nicht leiden. Die Opposition fordert sofortige Neuwahlen. Nach Irland und Portugal wäre dies die nächste Regierung, die wegen der Krise aus dem Amt fliegt.

In Portugal hat die neue Regierung heute die Details des Sparpakets bekannt gegeben, das auf Grund der 78 Milliarden Spritze aus dem Rettungsschirm verabschiedet wurde. Außerparlamentarische Aktivitäten, Demonstrationen, Streiks und parlamentarische Sondertreffen im Zusammenhang mit der

Euro-Krise bleiben die nächsten Monate im Scheinwerferlicht und bescheren somit den Spitzenpolitikern einen rastlosen Sommer. In den südeuropäischen Staaten gehen immer mehr Menschen in Fundamentalopposition zu den etablierten Parteien. In Ungarn, Dänemark, Frankreich, Finnland und den Niederlanden haben rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien Zulauf.

Am Ende des langen rast- und ratlosen Sommers steht die Bundesregierung im Herbst mit hoher Wahrscheinlichkeit - nach der Verabschiedung des ESM auf europäischer Ebene - vor einer ungleich höheren Belastung. Die Ratifizierung des ESM hat zur Folge, dass reales Geld fließt und im Bundeshaushalt zu verbuchen ist. Vor dem Hintergrund der angekündigten Steuersenkungen von bis zu 30 Milliarden Euro und der einzuhaltenden Neuverschuldungsgrenze von 3% des BIP wird damit einer nationalchauvinistischen Diskussion Vorschub geleistet.

Die Folgen der Debatte könnten dazu führen, dass die Kanzlerin nur noch eine Mehrheit im Parlament bekommt, in dem sie wie Gerhard Schröder im Zusammenhang mit der Agenda 2010 die Vertrauensfrage mit einer Sachfrage koppelt. Es ist übrigens diese Agenda, die der deutschen Wirtschaft ihren enormen Exportvorteil und der Bundesrepublik ihren Leistungsbilanzüberschuss beschert, weil sie die Kosten der europäischen Konkurrenz den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufdrückt. Die SPD hat für Schröders Manöver in der Wahl 2009 einen hohen Preis bezahlt und sich bis heute nicht davon erholt. Die jetzige Regierung wird zur Konkursverwalterin der grundfalschen neoliberalen Agenda in Europa, die den Kapitalfreiheiten einen Vorrang vor den sozialen Freiheiten einräumt.

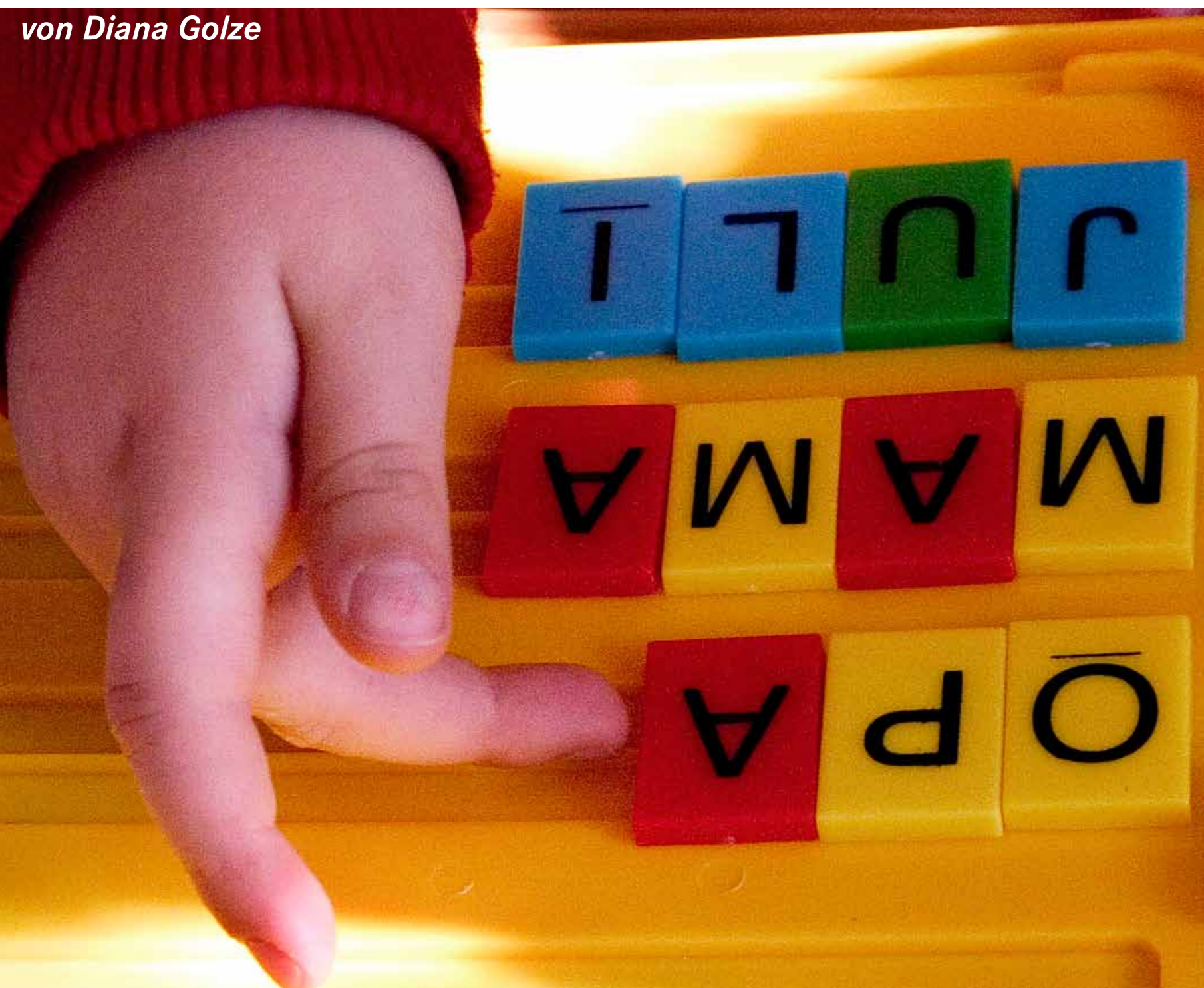
DIE LINKE kann in dieser Situation glaubwürdig alternative Politik vertreten. Die von der Bundestagsfraktion [beschlossenen Positionen](#) können dafür die Grundlage sein.

Jetzt kommt es darauf an, innerhalb und außerhalb der Parlamente nachdrücklich die soziale Frage europäisch zu stellen.

# Vermurkstes Gesetz wird durch Runden Tisch nicht besser



von Diana Golze



Das Gesetz „zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuches“, mit dem das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket ins Leben gerufen wurde, ist und bleibt Murks. Daran ändert auch der Runde Tisch, den Bundesarbeitsministerin von der Leyen in dieser Woche veranstaltete, nichts. Aber der Reihe nach:

Am 9. Februar 2010 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die Regelsätze nach Hartz IV nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind und insbesondere das Recht von Kindern auf Bildung und Teilhabe an der Gesellschaft damit nicht gesichert ist. Dem Urteil folgten wochenlange Debatten über Gutscheine und Chipkarten. So blieb am Ende nur wenig Zeit, um eine tragbare Lösung zur Umsetzung des Urteils zu finden. DIE LINKE stimmte am Ende gegen das Reformgesetz, welches seit dem 1. April 2011 in Kraft ist.

Für uns steht fest: Der Anspruch der Kinder auf Bildung und Teilhabe ist mit diesem Paket nicht erfüllt. Es ist ein bürokratisches Monster, welches die Betroffenen nicht erreicht und an den Lebensrealitäten der Familien im ALG II-, Wohngeld- und Kinderzuschlagsbezug vollkommen vorbei geht. Bisher sind nur von ca. 30 Prozent der Antragsberechtigten auch Anträge gestellt worden. Der Anspruch auf Bildung und Teilhabe für 70 Prozent der berechtigten Kinder wird damit nicht einmal im Ansatz erfüllt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist somit nicht umgesetzt worden.

Dabei wäre eine verfassungskonforme Lösung so einfach gewesen: Zum einen über die direkte Förderung der Kinder. Der Regelsatz im ALG II für Kinder unter 18 Jahren ist nicht bedarfsdeckend. Die Bundesregierung und die Fraktionen von Union und FDP haben es versäumt, den Kinderregelsatz eigenständig unter der Prämisse „Was braucht ein Kind?“ zu ermitteln. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hatte dafür eine ausführliche Expertise erarbeitet, die eine tragfähige Grundlage hätte sein können. In diesem Konzept sind Ausgaben für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe enthalten.

Doch im Gesetz wurden die Kinderregelsätze „eingefroren“, werden also auch in den nächsten Jahren nicht steigen und damit Kinder weiterhin unterhalb des notwendigen Existenzminimums belassen.

Zum Anderen müsste in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen die Infrastruktur für Kinder und Familien unterstützt werden. Welches Angebot wird wohl von allen Familien am ehesten angenommen: Die Musikschule oder das Schwimmbad, das allen Kindern gebührenfrei zur Verfügung steht oder die Mitgliedschaft im Verein nach vorheriger Beantragung des Mitgliedsbeitrages beim Jobcenter und bei regelmäßiger Abrechnung mit Stempel und Unterschrift? Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet, nicht ausgegrenzt zu werden und selbstverständlich dazuzugehören. Dies ist durch ein diskriminierendes Gutschein- oder Antragssystem nicht gewährleistet.

Um Bildung und Teilhabe für ALLE Kinder zu ermöglichen, sollte der Kinderregelsatz unverzüglich angehoben werden. Darüber hinaus muss die Politik zum kooperativen Föderalismus zurückkehren, statt komplizierte bürokratische Monster zu schaffen, die den Kindern nicht helfen. Diese Erkenntnisse sind der Arbeitsministerin leider auch beim Runde Tisch in dieser Woche wieder nicht gekommen. DIE LINKE wird hier also weiterhin Druck machen.

# Nicht lernfähig



von Wolfgang Nešković

Griechenland wird gezielt in den Abgrund getrieben. Die so genannten Hilfspakete strangulieren das Land. Die Sparauflagen der EU, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds verhindern die wirtschaftliche Erholung des Landes. Gekürzte Renten, gekappte Gehälter, höhere Steuern... es scheint, als wird alles getan, um die Kaufkraft der Griechen dauerhaft zu schwächen.

Eine schwache Kaufkraft jedoch mindert die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im griechischen Inland und schmälert so die Steuereinnahmen des griechischen Staates. Griechenland spart sich immer ärmer. Und zugleich weiß jeder, dass das Land seine Schulden niemals zurückzahlen können wird, solange die Staatsfinanzen nicht durch einen Aufschwung konsolidiert werden. Dies gilt, obwohl Griechenland bereits Ausgabenkürzungen in astronomischer Höhe beschlossen hat. Das Land befindet sich in einem Teufelskreis, aus dem es aus eigener Kraft keinen Ausstieg finden kann.

Die EU tut derweil alles, um die privaten Gläubiger Griechenlands vor einer echten Beteiligung an dem Finanzdesaster zu bewahren. Dabei haben die jahrelang prächtig an den hohen Zinsen auf griechische Staatsanleihen verdient. Verkehrte Welt? Ja – aber mit Blick auf die vergangenen Jahre nicht wirklich. Die internationale Gemeinschaft hat seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 ihr Bestes getan, private Anleger vor finanziellen Einbußen zu bewahren. Die Anspruchs-

haltung, der sich die Regierungen jetzt gegenüber sehen, ist also hausgemacht.

Die Krise wird nicht gelöst, indem wir Griechenland aus der Eurozone drängen. Der Zustand des Landes ist nur Symptom grober Verwerfungen in den politischen und wirtschaftlichen Strukturen der EU sowie der internationalen Finanzmärkte. Das Gerede über angeblich faule und korrupte Griechen lenkt nur ab von den tatsächlichen Problemen, mit denen sich die Euro-Zone auseinandersetzen muss: den groben wirtschaftlichen Verzerrungen innerhalb der Währungsunion, der ungenügenden Regulierung der Finanzmärkte, den intransparenten politischen Entscheidungsstrukturen von EU, EZB, nationalen Regierungen und IWF. Nur wer hier ansetzt, wird die Krise tatsächlich lösen, anstatt sie immer weiter anzufachen.

Zur kurzfristigen Linderung der Krise ist es zwingend an der Zeit, private Gläubiger maßgeblich an der Krise zu beteiligen. Ein Schuldenschnitt ist der einzige Weg, Griechenland von seiner alles erdrückenden Schuldenlast zu befreien. Erst wenn das Land finanziell wieder handlungsfähig ist, hat es auch eine Chance, politisch wieder auf die Beine zu kommen. Griechenland braucht echte Hilfe – einen Schuldenerlass, gezielte EU-Hilfsprogramme für den sozial-ökologischen Umbau des Landes sowie eine echte Unterstützung von Reformbemühungen, die zu mehr Demokratie und Wirtschaftsbelebung führen.

## Südsudan: Parlament darf sich verfassungsrechtlicher Verantwortung nicht entziehen

30.06.2011 Wolfgang Nešković



Foto: Stef-Ha-chef\_pixello.de

„Der Deutsche Bundestag darf sich seiner verfassungsrechtlichen Verantwortung nicht entziehen. Eine Befassung mit dem Einsatz der Bundeswehr im Südsudan kann erst dann erfolgen, wenn ein entsprechendes UN-Mandat vorliegt“, so Wolfgang Neskovic, Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Mitglied des Fraktionsvorstandes, zu den Plänen der Bundesregierung eine Verlängerung des Einsatzes deutscher Soldaten im Südsudan noch vor der parlamentarischen Sommerpause durch das Parlament zu peitschen. Neskovic weiter:

„Die Bundeswehr ist Parlamentsarmee. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass alle militärischen Einsätze der Bundeswehr regelmäßig einen vorherigen Beschluss des Bundestages erfordern. Unbestimmte Vorratsbeschlüsse sind damit grundsätzlich

nicht vereinbar. Sie führen zu einer schleichenden Entwertung der Parlamentsbeteiligung.

Nach dem Parlamentsbeteiligungsgesetz (§ 3 Abs.2) muss ein Antrag der Bundesregierung auf Zustimmung zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte Angaben über die (völker-)rechtlichen Grundlagen des Einsatzes enthalten.

Ein Einsatz der Bundeswehr im Südsudan über den 9. Juli 2011 hinaus, wie von der Bundesregierung jetzt angeregt, verfügt jedoch derzeit über keine völkerrechtliche Grundlage. Eine solche wird im UN-Sicherheitsrat voraussichtlich erst am Freitag, den 8.Juli 2011, beschlossen werden.

Bloße Mandatsentwürfe des Sicherheitsrates sind keine geeignete Grundlage für die Zustimmung des

Deutschen Bundestages zu einem Einsatz im Südsudan. Erfahrungsgemäß werden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates bis zur letzten Minute noch geändert. Dort geht es um Abstimmungen zwischen den fünf Vetomächten, deren Ergebnis niemand zuverlässig vorhersagen kann.

Erst nach der endgültigen Verabschiedung des UN-Mandats durch den Sicherheitsrat kann sich der Bundestag deshalb mit dem Einsatz befassen. Denn ohne gesicherte Kenntnis über den genauen Inhalt des Mandats lassen sich die möglichen, mit dem Einsatz verbundenen Konsequenzen für den Deutschen Bundestag nicht übersehen. Ein unbestimmter Vorratsbeschluss würde eine grobe Verantwortungslosigkeit im Umgang mit der eigenen verfassungsrechtlichen Verantwortung darstellen.“

## Bundesjustizministerin muss endlich Auslieferungsantrag im Fall El Masri stellen

15.06.2011 Wolfgang Nešković

„Die Bundesregierung kann sich an der CIA ein Beispiel nehmen. Den deutschen Nachrichtendiensten und beteiligten Ministerien eine erneute Bewertung des eigenen Verhaltens im Fall El Masri ebenso gut wie der CIA. Nach wie vor sind viele Fragen an deutsche Behörden ungeklärt.“

Insbesondere ist völlig unverständlich, warum bislang immer noch kein Auslieferungsantrag für die namentlich bekannten Entführer El Masris an die USA übermittelt worden ist“, erklärt Wolfgang Nešković, Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Bundesrichter a.D., anlässlich der internen Untersuchung der illegalen Entführung des deutschen Staatsbürgers Khaled El Masri durch die CIA. Neškovic weiter:

„Es ist eine verkehrte Welt: Der Generalinspekteur der CIA ordnet

eine neue Untersuchung des Falles El Masri an. Die Bundesregierung weigert sich währenddessen, ihre im Jahr 2007 diesbezüglich festgelegte Gehorsamsstrategie gegenüber den USA aufzugeben. Während die kritische Aufarbeitung des War on Terror in den USA längst begonnen hat, ist in Deutschland auch unter der FDP-beteiligten Bundesregierung immer noch keine Bereitschaft zur Selbstkritik erkennbar.“

Noch Anfang 2011 erklärte die Bundesregierung auf Anfrage, sie wolle auch weiterhin nicht auf die Auslieferung der namentlich bekannten CIA-Entführer Khaled El Masris drängen. Ihre diesbezügliche Bewertung aus dem Jahr 2007 sei unverändert. Eine erstaunliche Aussage, insbesondere wenn man den seitdem erfolgten amerikanischen Regierungswechsel und die

damit veränderte Sicht auf diesen Sachverhalt bedenkt.

Wikileaks-Dokumente zeigen, dass sich die Bundesregierung im Fall Khaled El Masri den USA bereitwillig unterworfen hat, während sie El Masri die kalte Schulter zeigte. Heute ist eine FDP-Politikerin Bundesjustizministerin. Damit ist sie in der Lage, die damaligen Forderungen der FDP umzusetzen.

Ich fordere die Ministerin deshalb erneut auf, den nach wie vor nicht überstellten Auslieferungsantrag für El Masris Entführer an die USA zu übermitteln. Das ebenfalls von den Liberalen geleitete Auswärtige Amt muss die Weiterleitung des Inhaftnahmeersuchens befürworten. Die beiden Ministerien können so eine beschämende Erblast der Großen Koalition beseitigen.“

## LINKE gegen Diätenerhöhung

27.06.2011 Dagmar Enkelmann

„Die vorgeschlagene Diätenerhöhung hält DIE LINKE für nicht verhältnismäßig. Bei Hartz IV verweigern die Regierenden einen menschenwürdigen Regelsatz, Altersrenten sind in diesem Jahr um ein mageres Prozent gestiegen und um Steuersenkungen wird wie auf dem Basar gefeilscht. Die Abgeordneten der Koalition aber wollen sich ein Plus von fast 600 Euro genehmigen. Das ist instinktiv, unsozial und ungerecht“, erklärt Dagmar Enkelmann,

1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu den bekannt gewordenen Plänen von Union, FDP und SPD zu Diätenerhöhungen. Enkelmann weiter:

„Der Vorschlag, nunmehr eine unabhängige Kommission zur Reform der Altersvorsorge einzusetzen, findet meine Unterstützung, kommt jedoch reichlich spät und erweckt eher den Eindruck, den Bürgern die Diätenerhöhung schmackhaft machen zu wollen.“

DIE LINKE wird einen Antrag in den Bundestag einbringen, mit dem eine umfassende Überprüfung des Abgeordnetenrechts gefordert wird. Es geht dabei um die transparente Regelung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften sowie um eine Reform der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung. Dass die Abgeordneten z.B. keinen eigenen Beitrag zu ihrer sozialen Absicherung im Alter leisten, kann nicht länger hingenommen werden.“

## Buchenwälder als Weltnaturerbe anerkannt – ein Sonntag für die biologische Vielfalt

27.06.2011 Sabine Stüber

Am 25. Juni 2011 nahm die UNESCO die „Alten Buchenwälder Deutschlands“ in ihre Welterbeliste auf und zeichnete sie damit als Weltnaturerbe aus.

Die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE) sagt zu diesem Erfolg für den Naturschutz: „Das ist ein Sonntag für die biologische Vielfalt in Deutschland. Und darüber hinaus auch für die Regionen, die sich seit Jahren mit viel Engagement um den Schutz ihrer so wertvollen Buchenwälder bemüht haben, bis hin zum Aufnahmeantrag als Weltnaturerbe 2010 an die UNESCO.“

Die Bundestagsabgeordnete ergänzt: „Diese wunderschönen Buchenwälder, jetzt mit dem Status des Weltnaturerbes, können von den Regionen auch touristisch mit Naturerlebnis- und Bildungsangeboten gut genutzt werden. Dabei denke ich auch an meinen Wahlkreis und eine weitere Chance für die Natur und die Menschen in den umliegenden Dörfern.“

Bei den ausgewählte Waldflächen handelt es sich um 4400 Hektar wertvolle naturnahe Buchenwälder in fünf Schutzgebieten. Ausgehend vom Nationalpark Jasmund auf der Insel Rügen im Norden über

Serrahn im Müritz-Nationalpark, Grumsin im UNESCO-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, den Nationalpark Hainich bis zum Nationalpark Kellerwald-Edersee in Hessen, zieht sich das Netz von Nord nach Süd. Mit den Buchenwäldern hat Deutschland eine dritte Weltnaturerbebestätte, die als herausragendes Naturgut nun unter internationalem Schutz steht. Jedes der fünf Waldgebiete ist einzigartig in ihren Besonderheiten. Für die Natur sind die deutschen Buchenwälder prägend. Ohne menschliche Eingriffe wären etwa zwei Drittel der Waldfläche in Deutschland Buchenwald.



Foto: Marco Barnebeck\_pixelio.de

## Deutscher Naturschutzpreis fördert Naturbewusstsein und bürgerschaftliches Engagement

11.06.2011 Sabine Stüber



Foto: Andreas Hermsdorf, pixelio.de

Der Deutsche Naturschutzpreis beruht auf einer gemeinsamen Initiative des Bundesamtes für Naturschutz und des Outdoor-Ausrüsters Jack Wolfskin. Jack Wolfskin stellt als Stifter die Fördersumme von 250.000 Euro jährlich zur Verfügung.

Die Vereinten Nationen haben 2011 zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt, um einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Wälder weltweit zu leisten. Aus diesem Anlass steht der Deutsche Naturschutzpreis 2011 unter dem Motto „Zukunft Wald – schützen, erleben, nutzen“. Die zu prämierten Projektideen sollen den Wald als faszinierenden und wertvollen Naturraum sowie naturverträglich

Produktionsstätte des nachwachsenden Rohstoffes Holz ins Zentrum stellen. Die Leistungen und Funktionen des Waldes sind so vielfältig und lebendig wie der Wald selbst. Diese Vielfalt ist auch bei den eingereichten Projektideen möglich. Der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt.

Eine von Stifter und Träger benannte Jury mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis entscheidet über die Vergabe der Förderpreise. Die Preissumme von insgesamt 250.000 Euro wird auf die prämierten Projekte aufgeteilt. Die Höchstsumme für ein einzelnes Projekt wird 150.000 Euro betragen. Neben den Förderpreisen kann aus der Stiftungssumme auf

Vorschlag der Jury auch ein mit bis zu 10.000 Euro dotierter Sachpreis für herausragendes persönliches Engagement für den Naturschutz in Deutschland vergeben werden.

Teilnehmen können ehrenamtlich im Naturschutz oder in der Naturbildung engagierte Einzelpersonen sowie nichtstaatliche und gemeinnützige Organisationen. Zugelassen werden ausschließlich neue Projekte. Das können Projekte aus dem Arten- und Biotopschutz sowie Projekte zur Naturbildung und zur Förderung des Naturerlebnisses sein. Maßnahmen mit einem Umfang von 20.000 Euro sind dabei genauso preiswürdig wie umfangreichere Projekte mit einem höheren Mittelbedarf (Maximalförderung: 150.000 Euro). Zunächst reicht eine kurze Ideenskizze. Wer in die zweite Stufe gelangt, muss dann ein Projektkonzept ausarbeiten. Letzter Abgabetermin für ausgearbeitete Konzepte ist der 19. September 2011. Weitere Informationen unter [www.deutscher-naturschutzpreis.de](http://www.deutscher-naturschutzpreis.de).

Die Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Sabine Stüber, erklärt dazu: „Der Deutsche Naturschutzpreis leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Ziels der ‚Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt‘, wonach im Jahre 2015 mindestens 75 Prozent der deutschen Bevölkerung die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu den prioritären gesellschaftlichen Aufgaben zählen soll.“

## Erhöhung der Bundestagsdiäten ist absurd

28.06.2011 Kirsten Tackmann

„DIE LINKE wird wie 2008/9 die jetzt geplante Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete ablehnen. Sie ist absurd und dürfte dem Mehrheitswillen der Wählerinnen und Wähler nicht entsprechen,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die von der CDU/CSU, FDP und SPD beschlossene Anhebung der Abgeordnetenbezüge von derzeit monatlich 7.668 Euro in zwei Schritten, 2012 und 2013, um je 292 Euro anzuheben. Tackmann weiter:

„Wir sind Volksvertreterinnen und Volksvertreter in einem Land, in dem Menschen immer öfter arm sind, unabhängig davon, ob sie Arbeit haben. In dem für die öffentlichen Haushalte von Bund, Land und Kommune so wenig Geld verfügbar ist, dass immer weniger politische Entscheidungsspielräume vorhanden sind und Demokratie beschädigt wird.

Ausgerechnet in dieser Situation wollen Union, FDP und SPD ihr per-

sönliches Säckel auffüllen. Da mache ich auch dieses Mal nicht mit. Wenn diese Diätenerhöhung von einer Mehrheit beschlossen werden sollte, werde ich den Netto-Betrag wie schon jene aus den Erhöhungen 2008 und 2009 weitergeben an politische und soziale Projekte, vor allem in meinem Wahlkreis.“

Eine Übersicht der Diätenweitergabe von Dr. Kirsten Tackmann finden Sie

[HIER](#)

## EHEC: Bundesregierung muss gravierende Wissenslücken schließen!

28.06.2011 Kirsten Tackmann

„Die Antwort der Bundesregierung auf meine parlamentarische Anfrage zum Thema EHEC ist alarmierend. Sie gibt zwar zu, dass die Wissenslücken zu groß sind für eine wissenschaftliche Risikobewertung für Rindergülle. Aber sie bleibt die Antwort schuldig, wie das geändert werden kann,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage zur EHEC-Krise. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion erkundigte sich nach einer Risikobewertung von Gülle als möglichem EHEC-Träger. Tackmann weiter:

„Die Bundesregierung riskiert durch das Festhalten an Standortverlagerungsbeschlüssen den Verlust an epidemiologischer Kompetenz in der politikberatenden Agrar-Ressortforschung. Im Gegensatz dazu fordert DIE LINKE als Reaktion auf die erneut offensichtlich gewordenen Wissensdefizite die Einrichtung eines interdisziplinären

Epidemiologischen Zentrums an einem für angewandte Forschung, Politikberatung und Krisen-Einsätze geeigneten Standort. Dort muss die Risikoforschung entlang der gesamten Wertschöpfungskette für Lebensmittel tierischen Ursprungs konzentriert werden. Deutschland muss sich bei der Risikoforschung endlich international vergleichbar gut aufstellen.

Das Risiko einer Übertragung von EHEC aus Rindergülle auf Menschen ist nach wie vor gegeben. Daher wird, ähnlich wie bei der Vogelgrippe, auch bei EHEC eine umfassende Risikobewertung für direkte, indirekte, legale und illegale Verschleppungsrisiken dringend gebraucht. Nachdem Ministerin Aigner meiner mündlichen Frage danach in der Befragung der Bundesregierung ausgewichen war, hatte ich die Nachfrage als parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung wiederholt. Die nun

schriftlich vorliegende Antwort ist ein Offenbarungseid. Leider scheint die Bundesregierung nicht aus ihren Fehlern zu lernen. Selbst wenn der Erreger des aktuellen Ausbruchs wohl vom Menschen stammt, bleibt das Risiko für ein ähnliches Geschehen durch EHEC aus dem Rinderbestand bestehen. Trotzdem bestätigt die Bundesregierung gravierende Wissenslücken und gibt zu, das Risiko zur Bedeutung des Vorkommens von STEC/EHEC in Rindergülle wissenschaftlich nicht bewerten zu können. Aber nach dem Ausbruch ist möglicherweise vor dem Ausbruch. Also muss im Vorsorgegedanken die Schließung der Wissenslücken oberste Priorität haben. Eine Risikobewertung für Rindergülle muss schnellstmöglich vorgelegt werden.“

Die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage von Frau Dr. Tackmann finden Sie

[HIER](#)

## LINKE legt Anforderungen an Waldstrategie 2020 vor

01.07.2011 Kirsten Tackmann

„Die Waldstrategie 2020 muss Schritte zu einer naturnahen Waldbewirtschaftung aufzeigen. Ich erwarte, dass hierbei nicht nur die wirtschaftliche Nutzung zur Holzproduktion betrachtet, sondern auch die Arbeitsbedingungen in der Forstwirtschaft sowie der Erholungswert und die ökologische Funktion des Waldes berücksichtigt werden,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Vorlage des Positionspapiers „Waldstrategie 2020 – Anforderungen der Bundestagsfraktion DIE LINKE an eine zukunftsfähige Politik für den Wald“. Die Verabschiedung der Waldstrategie 2020 soll am 20. Juli 2011 im Bundeskabinett erfolgen.

verzögerte Bundesministerin Aigner die Vorlage der Waldstrategie. Durchgesickerte Entwürfe zeigten, dass sie auf dem Holzweg war. Sie blieb zu stark auf die Produktion von Holz zur stofflichen und energetischen Nutzung fokussiert. Andere gesellschaftliche Anliegen an unsere Wälder blieben unberücksichtigt. In drei Wochen soll nun das Kabinett die Waldstrategie 2020 endlich verabschieden. Es wäre ein fatales Zeichen, wenn sie wieder nicht die ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen ausbalanciert. Die konkreten Erwartungen der LINKEN an die Waldstrategie haben wir in einem Positionspapier dokumentiert.

Das Ziel linker Waldpolitik ist eine naturnahe Waldbewirtschaftung. DIE LINKE im Bundestag will die Nutzung des Rohstoffes Holz sichern und mit den ebenso wichtigen Waldfunktionen „Schutz“ und „Erholung“ in Einklang bringen.

Die Erarbeitung einer Waldstrategie 2020 macht Sinn, wenn sie die vielfältigen Anforderungen an den Wald sowie Lösungswege für die Vielzahl von Zielkonflikten in einem konzeptionellen Papier thematisiert. Verantwortlichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten sollten aufgezeigt werden.“

Das Positionspapier finden Sie

[HIER](#)

## Agrarspekulationen machen Hunger

27.06.2011 Kirsten Tackmann

„Die Spekulation mit Agrarrohstoffen bedroht die Menschheit existenziell. Sie wirken weit deutlicher als die entfesselten Finanzmärkte direkt auf Hungernde und Mangelernährte. Sie vergrößern die Schere zwischen Arm und Reich,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann anlässlich der heutigen Anhörung „Spekulationen mit agrarischen Rohstoffen verhindern“ im Bundestagsausschuss für „Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“. Tackmann weiter:

das Profitstreben einiger das Magenknurren vieler vergrößert. Die Gier an den Märkten muss eingedämmt und die Deregulierungsorgien der letzten Jahre müssen zurückgedreht werden.

Wir wollen nicht, dass außerlandwirtschaftliches Kapital weiter Einfluss auf die Agrarwirtschaft bekommt. Um konsequent gegen Agrarspekulationen vorgehen zu können brauchen wir dringend mehr Transparenz und streng regulierte Agrarbörsen. Mittelfristig muss die Erzeugung und der Handel von Agrarrohstoffen vollständig von den Finanzmärkten entkoppelt werden. Für den Weltagrarmarkt ist ein soziales und ökologisches

Regelwerk verbindlich festzuschreiben, welches Spekulationen mit Lebensmitteln unattraktiv macht. Die Finanztransaktionssteuer ist endlich einzuführen.

Das Ziel der LINKEN ist die Ernährungssouveränität aller Regionen. Sie müssen sich durch eine nachhaltige Produktion mit Nahrungsmitteln und Biomasse selbst versorgen können und sicher vor den Auswirkungen des globalen Casinos sein. Die Rechte der einzelnen Staaten zum Schutz der Binnenmärkte sind uns dabei genauso wichtig wie die Stärkung der Erzeugerrechte gegenüber der Marktmacht des Handels und der Börsen.“

## Spekulation auf Agrarrohstoffe endlich beenden

23.06.2011 Kirsten Tackmann

„Die mächtigsten Industrienationen der Welt müssen ihren Versprechungen Taten folgen lassen und die Spekulation auf Agrarrohstoffe endlich beenden“, kommentiert Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, den heutigen Abschluss des G-20-Agrarministertreffens in Paris, der sich unter anderem mit Maßnahmen gegen die starken Preisschwankungen auf den Agrarmärkten befasst hat. Tackmann weiter:

„Die Einführung eines Agrarmarkt-Informationssystems ist ein viel zu zaghafter Schritt, um diesen Preis-

schwankungen zu begegnen. Das große Gefälle zwischen Hoch- und Tiefpreisen ist auch Folge der unklaren Marktlage, auf denen sich kurzfristige Spekulationsinteressen umso ungezügelter austoben können.

Wir brauchen mehr Transparenz, um zur Beruhigung der internationalen Agrarmärkte beitragen zu können. Es reicht jedoch nicht aus, die Datenbanken auf staatliche Lagerhaltung zu beschränken. Auch die privaten Getreidehändler müssen in die Pflicht genommen werden und ihre Lagerbestände offenlegen, um so konsequent gegen

Agrarrohstoffspekulationen vorgehen zu können. Desweiteren bedarf es wirksamer Instrumente zur Durchsetzung von Regeln, die Finanzjongleure an den Agrarrohstoffbörsen mäßigen. Dafür sind in erster Linie die G-20-Finanzpolitiker zuständig, die in Paris jedoch nicht mit dabei waren. Auch hier müssen sich Agrar- und Finanzpolitiker zusammensetzen und sich bis zum G-20-Gipfel im November auf wirksame Kontroll-Instrumente verständigen. DIE LINKE hat bereits im Januar einen umfassenden Forderungskatalog zu Maßnahmen gegen Preisschwankungen vorgelegt.“

## Rechten Spuk keinen öffentlichen Raum überlassen

20.06.2011 Kirsten Tackmann



„Es ist für mich keine Frage. Natürlich nehme ich an der Demo RUPPIN HAT GENUG VOM RECHTEN SPUK teil.“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann ihre Unterstützung der Demonstration am 9. Juli in Neuruppin, zu der das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ aufruft. Tackmann weiter: „Es ist gut, wenn das Bündnis „Neuruppin bleibt bunt“ als ein Zusammenschluss von Kirchengemeinden, Parteien, Parteilosen, Firmen, Vereinen, antifaschistischen Gruppen und Gewerkschaften am 9. Juli Krach schlägt gegen den Neonazi-Aufmarsch. Neuruppin wird ein Signal setzen gegen den Missbrauch des Demonstrationsrechts durch Neonazis.

Wir werden verhindern, dass sie Demokratie, Frieden und Völkerverständigung verhöhnen. Geschichte darf nicht verfälscht, Menschen nicht ausgegrenzt werden.“

Den Aufruf zur Demonstration am 9. Juli 2011 finden Sie unter:

[HIER](#)

# Anträge, Anfragen & Initiativen

01.07.2011 ▼

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/6341](#)

## Die Chancen der Digitalisierung erschließen - Urheberrecht umfassend modernisieren

Das aktuelle Urheberrecht stößt in Zeiten der Digitalisierung an die Grenzen der Durchsetzungsfähigkeit, der Sinnhaftigkeit und der Praktikabilität. Die Bundesregierung verzögert die lange angekündigte Überarbeitung des Urheberrechtes immer weiter. DIE LINKE fordert daher eine grundlegende Urheberrechtsreform, um die Chancen der Digitalisierung für die Gesellschaft, aber auch für Keative und Künstlerinnen und Künstler zu nutzen.

29.06.2011 ▼

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/6305](#)

## Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts - mehr Transparenz und Verantwortung für das Gemeinwohl

Das Bild der Abgeordneten in der Öffentlichkeit ist bestimmt von dem Vorwurf der Selbstbedienungsmentalität und der Orientierung an wirtschaftlichen Einzelinteressen anstatt am Allgemeinwohl. Gegen das verbreitete Misstrauen helfen nur schonungslose Offenheit und die Bekämpfung jedweder Korruption schon im Ansatz. Die Abgeordnetenentschädigung und -versorgung müssen zudem dringend reformiert werden.

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/6304](#)

## Prävention weiter denken - Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken

Gesundheitsförderung und nichtmedizinische Primärprävention müssen als gesamtgesellschaftliche Aufgaben verstanden sowie finanziell und strukturell gestärkt werden. Insbesondere ist Gesundheitsförderung ein wichtiges Instrument, um soziale Ungerechtigkeiten bei der Gesundheit zu verringern. Dazu muss Gesundheitsförderung so gestaltet werden, dass sie die Menschen in den Lebenswelten erreicht, sie umfassend beteiligt und mit ihnen ihr Umfeld gesundheitsförderlich gestaltet.

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/6303](#)

## Verursacher der Krise zur Kasse bitten - neue Bankenabgabe einführen

Die von der Bundesregierung geplante Bankenabgabe erweist sich als Rohrkrepierer, da sie es den privaten Banken erlaubt, sich aus der Verantwortung zu stehlen, während Sparkassen und Genossenschaftsbanken über Gebühr belastet werden. DIE LINKE fordert eine neue Bankenabgabe, die in erster Linie die Großbanken zur Kasse bittet, spekulative Geschäfte unattraktiv macht und einen Beitrag zur Lösung des „too big to fail“-Problems liefert. Eine neue Bankenabgabe soll dafür sorgen, dass die Verursacher der Finanzkrise auch für die Kosten geradestehen und Spekulationsverluste nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

27.06.2011 ▼

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/6271](#)

## Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse wirksam regeln

DIE LINKE fordert ein bundesweit einheitliches, vereinfachtes System der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. In der letzten Legislaturperiode haben wir das Thema bereits prominent in die Diskussion gebracht und ein Gesetz gefordert. Die Bundesregierung legt nun einen völlig unzureichenden Entwurf vor. Wir zeigen mit diesem Antrag den zusätzlichen Regelungsbedarf und stellen Mindestkriterien für ein gutes Anerkennungsverfahren auf.

27.05.2011 ▼

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 19/5945](#)

## Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in den Libanon stoppen

Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung ist nur vordergründig restriktiv; die Staaten des Mittleren Osten und des Maghrebs beziehen z.T. seit Jahrzehnten Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter aus Deutschland; die deutschen Rüstungsexporte destabilisieren die Region und werden bei der Unterdrückung der Bevölkerungen eingesetzt bzw. dienen als Drohkulisse bei der Unterdrückung

28.06.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE - DRUCKSACHE NR. 17/6279](#)

## Rückbau von Kleingartenanlagen in den Neuen Bundesländern

Durch den demografischen Wandel und den Wegzug von vielen ehemaligen Kleingartenutzern ist in vielen Regionen Ostdeutschlands das Problem entstanden, dass Kleingartenanlagen nicht mehr voll genutzt werden. Die ehemaligen Nutzer können weder den Abriss der Bauten finanzieren, noch erhalten sie für ihre Investitionen Ersatz. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung nach ihrer Einschätzung des Problems und nach Lösungsmöglichkeiten.

▶ [KLEINE ANFRAGE - DRUCKSACHE NR. 17/6274](#)

## Zahngesundheit von älteren, pflegebedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderungen

Die zahnmedizinische Versorgung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sowie mit Pflegebedarf ist in der Bundesrepublik oft sehr mangelhaft. Die zahnärztliche Betreuung in Pflegeeinrichtungen ist oft unzureichend. Dem erhöhten Bedarf für viele Menschen mit Behinderungen stehen Zugangsbarrieren zur zahnmedizinischen Versorgung gegenüber. Die Kleine Anfrage möchte die Daten abfragen und auf diese Probleme hinweisen.

# Anträge, Anfragen & Initiativen

23.06.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6245](#)

## Unterstützung für den ecuadorianischen Yasuni Ishpingo Tambococha Tiputini Trust Fund

Die Fraktion DIE LINKE hakt nach dem Besuch einer ecuadorianischen Delegation erneut nach und will wissen, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung eine Unterstützung für das wichtige ecuadorianische Projekt ITT, das Klima- und Umweltschutz mit Entwicklung verbindet, in Erwägung zieht. DIE LINKE kritisiert die bisherige ablehnende Haltung des Entwicklungsministers. DIE LINKE, unterstützt das ITT-Projekt, ebenso wie die Fachpolitiker aller anderen, auch der Koalitionsfraktionen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6244](#)

## Hochgeschwindigkeitsstrecken im Schienennetz

Bei den Investitionen in Schienenstrecken ist eine Abkehr von Hochgeschwindigkeitsstrecken erforderlich. Nach einer Studie des Umweltbundesamt ließe sich für nur 11 Mrd. Euro das Schienennetz so weit modernisieren, dass doppelt so viele Güter auf der Schiene transportiert werden können. Die Bundesregierung aber hält am Bau neuer Strecken für je 5 bis 10 Mrd. Euro fest, obwohl diese nur dem ICE-Verkehr zu Gute kommen. Deutet sich bei Bahn und Regierung langsam ein Umdenken an?

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6243](#)

## Gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland und soziale Angebote und Leistungen für Kinder, Jugendliche und Eltern

Um die Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in der Bundesrepublik zu bewerten, bedarf es einer Analyse relevanter Aspekte im Bereich der sozialen Angebote und Leistungen für Kinder und Jugendliche, sowohl auf der Ebene des Bundes als auch auf der Ebene der Bundesländer. Insbesondere geht es darum, perspektivisch Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6233](#)

## Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 2011

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdische Organisationen und Verbände etc. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

22.06.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6229](#)

## Krieg als Kinder-Spiel - Werbemethoden der Bundeswehr in Bad Reichenhall

Am Tag der Offenen Tür in der Kaserne Bad Reichenhall durften Kinder mit Maschinenpistolen und anderen Waffen hantieren, außerdem haben sie eine Modellstadt namens „Klein-Mitrovica“ „spielerisch“ unter Beschuss genommen. DIE LINKE kritisiert diese Form der Öffentlichkeitsarbeit als geschichtsvergessen. Kindern darf Krieg nicht als „spaßige“ Angelegenheit verkauft werden. DIE LINKE will wissen, welche Konsequenzen die Regierung aus dem Vorfall zieht.

20.06.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6214](#)

## Kontrolle der Waffenexporte des Oberndorfer Unternehmens Heckler & Koch GmbH durch die Bundesregierung

Heckler & Koch ist der wichtigste deutsche Hersteller von Kleinwaffen. Immer wieder tauchen Waffen dieses Herstellers in Kriegsgebieten auf, in die sie auf legalem Weg nicht hätten gelangen können. Dies verdeutlicht, dass die deutsche Rüstungsexportkontrollgesetzgebung unzureichend ist. Die Kleine Anfrage hat zum einen das Ziel, dies zu dokumentieren und zum anderen, Informationen über den mutmaßlich illegalen Vertrieb der Waffen für rüstungskritische NGOs und die Öffentlichkeit zu generieren.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6212](#)

## Migrationspolitik der Europäischen Union gegenüber Tunesien nach dem politischen Umbruch

Nach der Revolution in Tunesien unternehmen EU, G8 sowie ihre Mitgliedsstaaten Anstrengungen, die Regierung mit Finanzhilfen und Ausrüstung zur schärferen Migrationsabwehr zu bewegen. Die EU-Agentur Frontex soll mit mehr Eigenverantwortung eingebunden werden. Die Linksfraktion fragt, wie Bundesregierung und Länder die vom UNHCR und EP geforderte geregelte Flüchtlingsaufnahme umsetzt, um unter anderem die hohe Zahl von Toten bei eigenverantwortlichen Überfahrten über das Mittelmeer zu reduzieren

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6211](#)

## Regierungsprogramm Elektromobilität

Die Bundesregierung hat in Reaktion auf die Subventionsforderungen aus der Industrie eine Milliarde Euro an zusätzlichen Mitteln für die Unterstützung von Elektroautos in Aussicht gestellt. Die Linksfraktion fragt nach Ziel, Verwendung und Ausrichtung dieser Unterstützung, vor dem Hintergrund, dass Elektrofahrzeuge nur einen geringen Beitrag zur notwendigen Verkehrswende beitragen können.

# Anträge, Anfragen & Initiativen

20.06.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6210](#)

## Anerkennung jüdischer Überlebender aus Nachfolgestaaten der Sowjetunion als Verfolgte des Holocaust

Jüdische AuswandererInnen aus der ehemaligen UdSSR werden, auch wenn es sich um Holocaust-Überlebende handelt, in Deutschland nicht als NS-Verfolgte anerkannt. Ihre soziale Lage ist prekär, viele erhalten Sozialhilfe in Form der Alters-Grundsicherung und dürfen nicht einmal humanitäre Zahlungen der Jewish Claims Conferernce ansparen, sie unterliegen Wohnsitzauflagen usw. Der Bundesrat hat kürzlich Verbesserungen gefordert - DIE LINKE will hierzu die Meinung der Bundesregierung wissen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6197](#)

## Nachfragen zur Umsetzung der Bundesprogramme gegen so genannten Extremismus

Die umstrittene Extremismusklausel führt dazu, dass zahlreiche Projekte ihre Arbeit im Rahmen der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus einstellen. Hierzu und zur großzügigen Vergabe von Mitteln u.a. an die Konrad-Adenauer-Stiftung im Bereich der Programme gegen so genannten Linksextremismus fragen wir die Bundesregierung.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6193](#)

## Arbeitsmarkt, Grundsicherung und Armut in Deutschland – Nachfragen zu den Antworten der Bundesregierung in den Drs. 17/5583, 17/5861 und 17/6043

Um die Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in der Bundesrepublik zu bewerten, wurden mehrere Anfragen zum Thema Arbeitsmarkt, Grundsicherung und Armut gestellt, die zum Teil falsch oder nur unvollständig beantwortet worden sind. Diese Fragen wurden erneut gestellt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6192](#)

## Förderung des Fußverkehrs

Den Fußverkehr zu fördern und dessen Verkehrsanteile zu steigern, ist aus verschiedenen Gründen sinnvoll. In dieser Breite angelegt, kümmert sich bisher keine Fraktion. Mit dieser Kleinen Anfrage sollen die riesigen Lücken der Bundesregierung bei ihren Möglichkeiten zur Förderung durch Rahmen-Richtlinien aufgezeigt und nachfolgend in einem Antrag ein „Masterplan Fußverkehr“ gefordert werden. Dieses Instrument ist analog zum „Nationalen Radverkehrsplan“ aufzustellen und mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten.

20.06.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6156](#)

## Entschädigung früherer sowjetischer Kriegsgefangener

Sowjetische Soldaten, die von der Wehrmacht gefangen worden, haben bis heute keine Entschädigung als NS-Opfer erhalten, obwohl ihnen die Nazis die Rechte als Kriegsgefangene verweigert hatten. Millionen von ihnen wurden in der Gefangenschaft ermordet, die Überlebenden mussten extrem grausame, rassistisch motivierte Behandlung ertragen. DIE LINKE will von der Bundesregierung wissen, ob sie sich auch weiterhin gegen eine Entschädigungsregelung sperrt.

16.06.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6165](#)

## Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch Uranabbau in Niger

Auf dem afrikanischen Kontinent wird der Uranabbau vorangetrieben. Hierbei werden - wie in Niger - Menschenrechts- und Umweltstandards oftmals grob missachtet. Die Linksfraktion fragt, wie die Bundesregierung die Missachtung von Menschenrechts- und Umweltstandards beim Uranabbau in Niger und Gesamtafrika beurteilt und inwieweit sie Uran (direkt oder indirekt) aus Niger bezieht.

14.06.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6100](#)

## Nutzung Sozialer Netzwerke zu Fahndungszwecken

Soziale Netzwerke im Internet wie Facebook, LinkedIn, MySpace, Twitter oder Studi VZ werden von Millionen Menschen genutzt. Von großem Interesse sind solche Netzwerke auch für Polizeibehörden, um etwa die Identität unbekannter tatverdächtiger Personen ausfindig zu machen oder das personelle Umfeld eines Verdächtigen zu erkunden. Die rechtlichen Grundlagen zum Einsatz „virtueller Agenten“ bzw. verdeckter Online-Ermittler sind allerdings nach Meinung von Datenschützern und Polizei unklar.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6099](#)

## Regelung zu Tauschgesuchen von Beamtinnen und Beamten zwischen der Bundespolizei und Länderpolizeien

In den letzten Monaten erreichten die Fraktion DIE LINKE zahlreiche Beschwerden von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus denen ersichtlich wurde, dass unklare Regelungen bei der Genehmigung von Tauschgesuchen zwischen der Bundespolizei und den Länderpolizeien existieren. Im Interesse der Betroffenen soll dieser Umstand benannt werden. Gleichzeitig wird damit Druck aufgebaut, so dass nachvollziehbare und einklagbare Regelungen eingeführt werden können.

# Anträge, Anfragen & Initiativen

14.06.2011 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/6098](#)

## Disziplinarmaßnahmen gegen Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei

Zur Vorbereitung eines Antrages zur Institutionalisierung eines Polizeibeauftragten für die Bundespolizei soll die Zahl und Schwere von Disziplinarmaßnahmen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ermittelt werden. Insbesondere die Zahl von Disziplinarmaßnahmen auf Grund von Beschwerden aus der Bevölkerung ist von Interesse.

30.06.2011 ▼

► [ENTSCHLISSUNGSANTRAG DRUCKSACHE NR. 17/6370](#)

## Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze

Die LINKE kritisiert das Gesetz als völlig unzureichend und dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht dienlich. Es wird eine Überarbeitung des kompletten Gesetzes gefordert, für einen Bundesfachplan Netze muss die Arbeitsgrundlage, der Netzausbaubedarf neu berechnet werden. Ziel ist auch die Unterstützung von Bürgerinitiativen durch die Forderung nach Beteiligung über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus.

► [ENTSCHLISSUNGSANTRAG DRUCKSACHE NR. 17/6369](#)

## Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz ist Teil des „Atom/Energie“-Gesetzespakets der BReg, war unabhängig davon aber seit langem geplant. Die angekündigte Energiewende bleibt aus. Die Ausbauziele für erneuerbare Energien sind die gleichen wie vor Fukushima. Die Fördersätze für Windräder an Land werden runtergefahren. Besser kommen Großanlagen wie offshore-Wind und große Biogas-Anlagen weg. Dies spielt den Energiekonzernen in die Hände und geht zu Lasten mittelständischer, dezentraler Strukturen.

# Kontakt



## Sabine Stüber



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72138  
Telefax: (030) 227-76138  
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46  
16225 Eberswalde  
Telefon: (03334) 385155  
Telefax: (03334) 385156  
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

### Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1  
17291 Prenzlau  
Telefon: (03984) 8621862  
Telefax: (03984) 8621863  
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

## Thomas Nord



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72675  
Telefax: (030) 227-76675  
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

### Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: (0335) 869 508 31  
Telefax: (0335) 869 508 32  
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

### Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG  
15517 Fürstenwalde/Spree  
Telefon: (03361) 34 26 18  
Telefax: (03361) 34 26 24  
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Diana Golze



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72329  
Telefax: (030) 227-76329  
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2  
14712 Rathenow  
Telefon: (03385) 494521  
Telefax: (03385) 494522  
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

### Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53  
14806 Belzig  
Telefon: (033841) 32547  
Telefax: (033841) 43880  
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

### Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2  
14770 Brandenburg an der Havel  
Telefon: (03381) 211789  
Telefax: (03381) 229961  
E-Mail: brb@diana-golze.de

### Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62  
14913 Jüterbog  
Telefon: (03372) 432691  
Telefax: (03372) 432691

## Wolfgang Nešković



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72065  
Telefax: (030) 227-76468  
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114  
03046 Cottbus  
Telefon: (0355) 7842350  
Telefax: (0355) 7842351  
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

## Dr. Dagmar Enkelmann



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-78220  
Telefax: (030) 227-76219  
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17  
16321 Bernau b. Berlin  
Telefon: (03338) 459-543  
Telefax: (03338) 459-549  
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 –  
17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung  
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

### Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8  
15344 Strausberg  
Telefon: (03341) 303-984  
Telefax: (03341) 303-985  
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

## Dr. Kirsten Tackmann



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-74308  
Telefax: (030) 227-76308  
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1  
16866 Kyritz  
Telefon: (033971) 32-857  
Telefax: (033971) 32-893  
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

### Büro Perleberg

Bäckerstraße 21  
19348 Perleberg  
perleberg@kirsten-tackmann.de

### Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3  
14469 Potsdam  
Telefon: (0331) 20009-0  
Telefax: (0331) 20009-10  
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 08.07.2011



## Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg  
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: [thomas.nord@bundestag.de](mailto:thomas.nord@bundestag.de)